

Uwe Holtz

Die Bedeutung der UNO-Stadt Bonn für die Entwicklungspolitik

Uwe Holtz, honorary professor at the University of Bonn and Senior Fellow at the Center for Development Research (ZEF) Bonn, makes a strong case in pointing out the value and importance of the UN in Bonn for national and international development policies. Noting that the enormous achievements of the past years are nothing but overwhelming, Mr. Holtz, a former member of the German parliament, offers differentiated overall assessments of Bonn's impact. He states the major shortcomings in Germany's development policy and what could be done to address these, using the vast opportunities that Bonn offers. Continuous engagement and selective attempts to lure more organizations to Bonn and to enhance better interactions among them are necessary in order to develop quantity into quality when re-shaping the former capital and using its potential to the fullest.

1994 forderte das Berlin/Bonn-Gesetz, Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen zu erhalten und zu stärken.¹ Auch nachdem die Bundeshauptstadt Berlin vorrangiger Sitz der Bundesregierung geworden war, verblieben einige Ministerien, darunter das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), mit dem ersten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn. 1996 zog als erste und zugleich entwicklungspolitisch relevante UN-Organisation das UN-Freiwilligenprogramm (UNV), das mit seinen Aktivitäten Entwicklung und Frieden in rund 130 Ländern fördert, nach Bonn;² UNV wurde zum „Wegbereiter für die VN-Stadt Bonn“.³ Noch im selben Jahr folgte ihm das wichtige Sekretariat der VN-Klimarahmenkonvention.

I. Bonn als Standort für Entwicklungspolitik und internationale Einrichtungen: Aufbruch

Am 20. Juni 1991 hatte der Deutsche Bundestag im Wesentlichen über zwei Anträge zu entscheiden, und zwar über den Bonn-Antrag („Bundesstaatenlösung für eine Aufgabenteilung zwischen der Hauptstadt Berlin, dem Parlaments- und Regierungssitz Bonn und den neuen Bundesländern“), der zwar den Bundesrat und den Sitz des Bundespräsidenten nach Berlin verlegen, aber Parlament und Regierung in Bonn belassen wollte, und den Berlin-Antrag („Vollendung der Einheit Deutschlands“), der für den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin plädierte. Nach einer leidenschaftlichen, fast zwölfstündigen Debatte fiel die Entscheidung sehr knapp aus: Für

159

U. Holtz: Die Bedeutung der UNO-Stadt Bonn für die Entwicklungspolitik, in: Nina Simone Hürter/Sebastian Bruns (Hg.): Nachhaltig ins 21. Jahrhundert. 15 Jahre UNO-Stadt Bonn, Bouvier, Bonn 2011, S. 159-178.

den Berlin-Antrag stimmten 338 Abgeordnete, und für den Bonn-Antrag votierten 320 Mitglieder des Bundestages.⁴

Einige Abgeordnete hatten sich in wahrlich letzter Minute auch deshalb für den Berlin-Antrag entschieden, weil in ihm zugesagt wurde, zwischen Berlin und Bonn solle eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden. In diesem mehrheitlich angenommenen Berlin-Antrag, später oft als Bonn/Berlin-Beschluss des Deutschen Bundestages bezeichnet, war auch beschlossen worden: „Darüber hinaus werden für die Region Bonn – von der Bundesregierung bzw. von einer unabhängigen Kommission – unter Mitwirkung der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Bonn Vorschläge erarbeitet, die als Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zum Ziel haben.“⁵

Bereits am 9. Juli 1991 forderte ich als damaliger Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung) öffentlich, Bonn zu einem Nord-Süd-Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit und des internationalen Dialogs wachsen zu lassen sowie die Nord-Süd-Problematik bei der Ausgestaltung Bonns zu einer internationalen Wissenschaftsstadt zu berücksichtigen.⁶ Kurz darauf sah auch Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger Chancen, Bonn als wichtigen Standort der Entwicklungspolitik zu erhalten.⁷ Sein Ministerium schlug am 1. August 1991 der Bundesregierung vor, die Idee eines bereits auch in der Öffentlichkeit diskutierten Nord-Süd-Zentrums Bonn sowohl in Form eines nationalen als auch eines internationalen Standorts von entwicklungspolitischen Institutionen aktiv in die Planungen der jeweiligen Arbeitsgruppen des Arbeitsstabes Bonn/Berlin aufzunehmen.⁸

Durch Kabinettsbeschluss hatte die Bundesregierung am 11. Dezember 1991 nicht nur festgelegt, eine Reihe von Ministerien, darunter das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), in Bonn zu belassen, sondern auch den Beschluss zum Erhalt und zur Förderung des Politikbereichs Entwicklungspolitik und zur Errichtung eines Zentrums für Nord-Süd-Zusammenarbeit in Bonn gefasst. Mehrfach bekräftigte Minister Spranger, wie wichtig die Schaffung eines Nord-Süd-Zentrums in Bonn für den dauerhaften Verbleib des BMZ am Rhein sei.⁹ Bereits in den ersten Überlegungen wurde auch an die Ansiedlung von UN-

Organisationen gedacht. Am 31. März 1992 nahm das Kabinett den Entwurf eines Angebotes an die Vereinten Nationen zustimmend zur Kenntnis, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) mit seinen zugeordneten Organisationen und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) für eine Ansiedlung in Deutschland geeignete Gebäude mietfrei in Bonn zur Verfügung zu stellen. In einer solchen Ansiedlung sah die Bundesregierung „nicht nur eine einmalige Möglichkeit, der bisherigen Bundeshauptstadt Bonn ein neues, attraktives Profil zu geben.“ Sie wollte mit dem Angebot „auch Deutschlands mit der Vereinigung gewachsene internationale Verantwortung durch ein verstärktes Engagement in den VN Rechnung tragen.“¹⁰

Zur Umsetzung des Bonn/Berlin-Beschlusses trat am 26. April 1994 nach entsprechenden Vorarbeiten das Berlin/Bonn-Gesetz in Kraft; es war als interfraktioneller Gesetzentwurf von den Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD in den Bundestag eingebracht und beschlossen worden. Es forderte den Erhalt und die Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn u. a. in dem Politikbereich „Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen“ und die Realisierung des Ausgleichs für den Verlust des Parlaments- und Regierungssitzes für die Region in dem Bereich „Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen“.¹¹

Kurz nach der Umzugsentscheidung vom 20. Juni 1991 hatten die verantwortlichen Planungsexperten der Stadt Bonn, des Rhein-Sieg-Kreises und des Kreises Ahrweiler Vorstellungen für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler entwickelt, die auf dem Bundestagsbeschluss basierten. Besondere Bedeutung für das Zukunftsprofil erlangte das letztlich auch von den politischen Repräsentanten der Region einmütig unterstützte sog. Fünf-Säulen-Modell:¹² Bonn als Bundesstadt, als Zentrum für internationale Zusammenarbeit, als Region der Wissenschaft und Forschung, als Region zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur und Bonn als Modell einer umweltgerechten Städtelandschaft und Kulturregion. Die Landesregierungen von NRW und Rheinland-Pfalz verabschiedeten am 2. August 1991 ein entsprechendes Papier, und das Bundeskabinett billigte am 11. Dezember desselben Jahres das erarbeitete Zukunftsbild, das einen Aufbruch zu neuen Ufern verhiess.

Mit diesem Modell war auch die Grundlage für die Verhandlungen der Region zusammen mit den Bundesländern NRW und Rheinland-Pfalz mit

dem Bund über den Ausgleichsvertrag gelegt. Der am 29. Juni 1994 geschlossene „Ausgleichsvertrag“ bekräftigte und substantiierte das Berlin/Bonn-Gesetz. Er legte fest, der Ausgleich solle „insbesondere in folgenden Bereichen realisiert werden: Bonn als Wissenschaftsstandort, Bonn als Kulturstandort, Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen, Entwicklung Bonns zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur.“¹³ Bei dem entwicklungspolitischen Politikbereich handelte es sich nicht nur um Organisationen und Aufgaben, die einen ausschließlich entwicklungspolitischen Bezug aufweisen. Deshalb waren das Auswärtige Amt, das BMZ sowie das Bundesumweltministerium im Herbst 1996 übereingekommen, vom „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit/ZIZ“ (Centre for International Cooperation Bonn/CIC) zu sprechen.¹⁴

An Ausgleichsleistungen für die Region Bonn sagte der Bund für die Jahre 1995 bis 2004 Finanzmittel in Höhe von insgesamt 2,81 Mrd. DM zu (das Land NRW beteiligte sich mit zusätzlichen Beiträgen). Für den Bereich Entwicklungspolitik waren keine besonderen Ausgleichsmittel vorgesehen; die 60 Mio. DM für das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) wurden dem Wissenschaftsbereich zugerechnet. Allerdings haben der Bund, das Land NRW und die Stadt Bonn z. T. beträchtliche Mittel für den „Standort Entwicklungspolitik“ bereitgestellt, vor allem für die Ansiedlung und den Unterhalt internationaler Organisationen, aber auch etwa für die Umsiedlung entwicklungspolitisch relevanter Institutionen – v. a. von Berlin – nach Bonn.

II. Die UNO-Stadt Bonn und die Entwicklungspolitik: Eine bemerkenswerte Bilanz

Maßstab und Beurteilungskriterien für eine Bilanz zur Bedeutung der UNO-Stadt Bonn für die Entwicklungspolitik sind einmal das Berlin/Bonn-Gesetz und der Ausgleichsvertrag, zum anderen politische Bekundungen wichtiger Entscheider sowie Vorstellungen, wie sie in Politik und Gesellschaft entwickelt worden sind. Das Berlin/Bonn-Gesetz und der Ausgleichsvertrag sahen, wie gerade dargestellt, den Ausbau Bonns zu einem Standort für Entwicklungspolitik sowie die Ansiedlung inter- und supranationaler Einrichtungen vor.

Wichtige politische Entscheider äußerten sich gegenüber mir als dem Moderator des Informellen Nord-Süd-Kreises¹⁵, dessen Aufgabe und Leistung von 1995 bis 2001 darin bestand, die drei staatlichen Ebenen Bund, das Land NRW und die Bundesstadt Bonn sowie die Bonner UN-Institutionen und auch Nichtregierungsorganisationen zusammenzuführen, um Impulse für den Ausbau Bonns als Nord-Süd-Zentrum bzw. als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit zu geben, wie folgt:

Entwicklungsminister Spranger betonte Anfang 1996 in einem Schreiben an den Moderator: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) „wird selbstverständlich weiterhin an der Umsetzung der Teile des Bonn-Berlin-Gesetzes mitwirken, die die Ressortzuständigkeit berühren. Die Durchführung des Gesetzes ist aber in erster Linie eine strukturpolitische Aufgabe, für die die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit, das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesstadt Bonn verantwortlich sind. Politischer Mittelpunkt für das ‚Zentrum für Entwicklungspolitik‘ ist das BMZ.“¹⁶

Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul hatte kurz nach ihrem Amtsantritt im Herbst 1998 dem Moderator mitgeteilt, sie sei diesem und seinen Mitstreitern dankbar für die Förderung der Idee eines Zentrums für Internationale Zusammenarbeit. Sie werde sich „dafür einsetzen, dass das Zentrum jetzt parallel zum Umzug feste Konturen annimmt und so ausgebaut wird, dass es als der starke und leistungsfähige deutsche Knotenpunkt internationaler und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit auf Dauer bestehen kann“¹⁷.

Der Ministerpräsident des Landes NRW, Wolfgang Clement, versicherte mir Ende 1998, „dass wir in unserem Engagement für das Ziel, Bonn als politisches Zentrum in Deutschland mit den Schwerpunkten der internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu erhalten, nicht nachlassen werden. Im Gegenteil: Unter den neuen Rahmenbedingungen erhoffe ich mir noch einen Schub nach vorn. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Empfang des Diplomatischen Korps vor wenigen Tagen ein so uneingeschränktes Bekenntnis zum Nord-Süd-Zentrum Bonn abgelegt hat.“¹⁸

Eine Würdigung der bisherigen Anstrengungen und zugleich die Bekräftigung eines weiteren Ausbaus des „Zentrums für Internationale Zusammenarbeit“ waren aus dem Bundeskanzleramt zu vernehmen. Michael Steiner, außen- und sicherheitspolitischer Berater des Bundeskanzlers, urteilte in

seiner Antwort auf meinen an Bundeskanzler Gerhard Schröder gerichteten Brief, beim Ausbau Bonns sei „bereits Beachtliches auf den Weg gebracht worden“; „auch aus Sicht der neuen Bundesregierung war dabei die kontinuierliche und engagierte Begleitung dieser Bemühungen durch den Informellen Nord-Süd-Kreis stets eine wertvolle Unterstützung.“ Er versicherte, auch die neue Bundesregierung halte an dem im Berlin/Bonn-Gesetz niedergelegten politischen Willen fest, „die Bundesstadt Bonn zügig als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit auszubauen.“¹⁹

Die 1995 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veröffentlichte Publikation „Nord-Süd-Zentrum Bonn. Die Bundesstadt Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen“ stellte eine wichtige Perspektivstudie dar, die auch von der Politik beachtet wurde.²⁰ Diese Studie leistet auch einen wegweisenden Beitrag zur konzeptionellen Orientierung, indem sie für eine menschenwürdige Entwicklungs- und Umweltpolitik, die sich an der auf der Rio-Konferenz 1992 verabschiedeten Agenda 21 ausrichtet, plädiert. Sie verdeutlicht, dass nicht ein neues Super-Nord-Süd-Zentrum geschaffen werden sollte, sondern dass es vielmehr um einen Verbund entwicklungspolitischer Institutionen und Organisationen bzw. internationaler und Nord-Süd-Einrichtungen geht. Sie schlägt ein Modell von sechs möglichst weitgehend miteinander vernetzten und Synergieeffekte fördernden Säulen für das Nord-Süd-Zentrum Bonn vor:

1. Die Säule ‚staatliche Entwicklungspolitik‘ (mit dem BMZ als politischem Mittelpunkt; von besonderer Bedeutung; auch das Bundesumweltministerium).
2. Die Säule ‚nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit‘ mit den drei Bereichen: Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft (mit dem am 4. Mai 1995 ins Leben gerufenen Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn als Nukleus, aber auch außeruniversitären Einrichtungen wie dem Internationalen Konversionszentrum Bonn/BICC) und kommunale Entwicklungszusammenarbeit (die Umsetzung der lokalen Agenda 21 der Rio-Konferenz soll durch eine dementsprechend ausgestattete Clearingstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden).
3. Die Säule ‚europäische, internationale und UN-Einrichtungen‘.

4. Die ‚Dialogsäule‘ (so wird eine jährliche hochrangige Petersberg-Konferenz zur Entwicklungspolitik vorgeschlagen).
5. Die ‚Kultursäule‘ (das Kulturangebot - von den Museen bis zum Bonner Sommer - soll stärker nord-süd-orientiert ausgerichtet werden, um den Dialog mit den Kulturen und Religionen zu intensivieren).
6. Die ‚Mediensäule‘ (so sei z. B. eine intensive Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle geboten).

Von einem solchem Zentrum – so die Verfasser der Studie – sind nicht nur Signalwirkungen an die Länder des Südens, sondern auch an die Innen-, Außen- und insbesondere die Europa- und UN-Politik des geeinten Deutschlands zu erwarten. Von ihm werden wichtige Impulse ausgehen können, jene Herausforderungen zu meistern, die in vielen Bereichen, wie Umwelt, Ressourcenverbrauch, Bevölkerungsentwicklung, Verminderung der Armut, Migration und Sicherheit, bestehen und die national und regional alleine nicht mehr zu bewältigen sind. Der weitere Ausbau Bonns als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit soll nach innen und außen signalisieren, dass das vereinte Deutschland seiner gewachsenen internationalen Verantwortung durch ein verstärktes Engagement in der Entwicklungspolitik und den Vereinten Nationen Rechnung trägt (vor allem auch im Sinne einer Förderung der nicht-militärischen Dimensionen von Entwicklung).

Generell geurteilt und auf die Ausgangssituation zur Zeit des Berlin-Beschlusses 1991 zurückblickend, kann eine bemerkenswert positive Bilanz gezogen werden: Die Bundesstadt Bonn wurde als „Standort für Entwicklungspolitik“ ausgebaut und gestärkt, sie ist UN-Stadt geworden und hat sich zu einem „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit“ entwickelt.²¹ Der Bund (insbesondere das BMZ und das Bundesumweltministerium wie auch das Auswärtige Amt), das Land NRW und die Region bzw. die Bundesstadt mit Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann als exzellenter Fürsprecherin und „Botschafterin“ für das internationale Bonn, die relevanten parlamentarischen Gremien (vom Bonner Stadtrat über den Landtag von NRW bis zum Deutschen Bundestag) sowie nichtstaatliche und private Stellen und Akteure haben dazu beigetragen.

Eine detailliertere Analyse, die auch die z. T. hochfliegenden Pläne mit

einer entsprechenden Terminologie mit einbezieht, lässt die Bilanz differenzierter ausfallen.

Bonn ist zu einem wichtigen Standort für die nationale und internationale Entwicklungspolitik herangewachsen und hat vor allem im Bereich der technischen Zusammenarbeit an Gewicht gewonnen.

Dem Berlin/Bonn-Gesetz gemäß verlegten der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) ihre Hauptsitze von Berlin in das Bonner Regierungs- und Parlamentsviertel nach Bonn.²² Auch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) verstärkte ihre Präsenz in Bonn. Im Jahre 2002 entstand durch die Fusion der DSE mit der Carl Duisberg Gesellschaft die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt). Der Ankündigung im CDU/CSU/FDP-Koalitionsvertrag von 2009 folgte die Zusammenführung der Organisationen der Technischen Zusammenarbeit: Mit Beginn des Jahres 2011 wurden die drei staatlichen Durchführungsorganisationen GTZ, DED und InWEnt begrüßenswerterweise miteinander verschmolzen, und zwar zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ – mit erstem Sitz in Bonn und zweitem in Eschborn). Auch die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ arbeitet in Bonn unter dem Dach der GIZ weiter.²³ Leider war es nicht gelungen, zumindest weite Teile der hauptsächlich in Eschborn beheimateten GTZ nach Bonn zu holen. Außer Realisierungsweite lag auch die von einigen angestrebte Übersiedlung entwicklungspolitisch relevanter Teile der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus Frankfurt in die Region Bonn – etwa in den Neubau der zur KfW gehörenden Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft in Köln. Das politische Fundament der internationalen Bonn-Säule bilden die in Bonn verbleibenden relevanten Ministerien. Der Ausbau Bonns zu einem wichtigen Standort für Entwicklungspolitik bedarf auch und vor allem der Unterstützung durch die Bevölkerung. Deshalb gilt es unter Beweis zu stellen, dass gut gemachte Entwicklungspolitik eine sinnvolle Investition in die Zukunft ist und effizient arbeitende sowie sorgsam mit dem Steuergeld umgehende nationale wie internationale Organisationen für die Lösung globaler Probleme notwendig sind.

Auch und gerade dank der räumlichen Nähe konnten die Beziehungen zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und den Bonner UN-Organisationen intensiviert werden; aber die Optimierungsmöglichkeiten

sind von beiden Seiten noch nicht ausgereizt.²⁴

Eine Reihe von kleineren und mittelgroßen internationalen und UN-Einrichtungen, die im Bereich der Entwicklungspolitik bzw. der Entwicklungszusammenarbeit²⁵ tätig sind, hat den Weg nach Bonn gefunden. Neben dem Entwicklungshelferprogramm UNV sei bspw. das Sekretariat der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) genannt; UNCCD versteht sich als ein Instrument, das den betroffenen Ländern, besonders in Afrika, bei der Überwindung der großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme, wie sie durch Wüstenbildung, Dürre und Bodenerosion hervorgerufen werden, nützlich sein will.

Allerdings war in den 1990er Jahren die Bewerbung um das wirkmächtige, von der Finanz- und Personalausstattung her große UN-Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) nicht von Erfolg gekrönt und das damit für die Bundesstadt Bonn angestrebte „attraktive Profil“ nicht voll zu realisieren. Bonn verlor 2009 das Rennen um den Hauptsitz der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) an das finanzstarke Abu Dhabi.²⁶

Dennoch kann sich der Ausbau Bonns zu einem Standort für internationale und UN-Einrichtungen sehen lassen. Von besonderer Bedeutung war auch die Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung vom 25. Mai 2003, das ehemalige Parlamentsviertel in Bonn als UN-Campus umzugestalten und den UN die Nutzung des alten und des neuen Abgeordnetenhochhauses zu diesem Zweck anzubieten. Die fast zwanzig Organisationen, Programme und Büros der Vereinten Nationen sowie der am 11. Juli 2006 offiziell eröffnete UN-Campus mit dem weithin sichtbaren Wahrzeichen des früheren Abgeordnetenhochhauses „Langer Eugen“ und den insgesamt mehr als neunhundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen Bonn zu einer veritablen UNO-Stadt.²⁷ Das Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) weist mit fast 500 Mitarbeitern den größten Personalbestand unter den VN-Organisationen auf. Jedoch reichte es nicht, um Bonn zu einem „Genf am Rhein“ werden zu lassen; diese Vision war auch von vornherein aus vielerlei Gründen zu hoch gegriffen.²⁸

Außerdem litt und leidet das Versprechen, „Deutschlands mit der Vereinigung gewachsene internationale Verantwortung durch ein verstärktes Engagement in den VN Rechnung (zu) tragen“ auch darunter, dass man hinsichtlich der staatlichen Entwicklungspolitik bei der Erfüllung des immer wieder bekräftigten Ziels, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für

die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, weit hinter den Ankündigungen zurückbleibt. (Aber dieses bislang nicht eingelöste Versprechen hindert Berlin übrigens auch nicht daran, für Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anzustreben.) Eine erhoffte Stärkung der nicht-militärischen Dimensionen von Sicherheit und Frieden blieb weitgehend aus, wie die um ein Vielfaches höheren Ausgaben für den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan im Vergleich zu den entwicklungspolitischen Aufwendungen für die zivile Entwicklung des Landes belegen.

Zu begrüßen ist, dass sowohl bei der staatlichen als auch bei der UN-Säule und bei Nichtregierungsorganisationen das Entwicklungsparadigma einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung im Rio-Sinne offensichtlich zum theoretischen Leitbild der Aktivitäten geworden ist. Damit hat Bonn ein zukunftsfähiges inhaltliches Profil gewonnen.

Unter dem Dachthema „für nachhaltige Entwicklung weltweit“ fühlen sich die UN-Organisationen in Bonn, auch wenn sie in verschiedenen Bereichen arbeiten,

„alle miteinander verbunden durch den Beitrag, den sie für die nachhaltige Entwicklung leisten. Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den gegenwärtigen Bedarf deckt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, deren eigene Bedürfnisse zu befriedigen. Dies hängt davon ab, wie gut es uns gelingt, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und ökologische [*sowie hoffentlich auch politische – U.H.]* Ziele bei Entscheidungen untereinander auszugleichen. Die Bekämpfung der Armut ist eine der wichtigsten Prioritäten, um nachhaltige Entwicklung zu erreichen. (...) Die Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn unterstützen die gezielten Bemühungen der Regierungen für eine nachhaltige Zukunft in den Bereichen Klimawandel, Wüstenbildung, Katastrophenvorsorge, Bildung, Gesundheit, menschliche Sicherheit, Artenschutz und Freiwilligendienste.“²⁹

Als Beispiel für Nichtregierungsorganisationen sei die Stiftung Entwicklung und Frieden/SEF angeführt – für 2011 sog. Jahrespartner der Stadt Bonn. Die Stadt, die sich selbst in vielerlei Hinsicht für die Entwicklung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien engagiert,³⁰ setzt damit ihre seit 2000 begonnene Tradition fort, international agierende Organisationen mit Sitz in

der Bundesstadt für zwölf Monate in den Fokus zu rücken. Die beiden Partner haben sich auf das Thema „Nachhaltige Mobilität“ verständigt, was die Rolle des deutschen UNO-Standorts Bonn als Forum für die internationale Debatte über Nachhaltigkeit unterstreicht und zugleich für den inhaltlichen Schwerpunkt der SEF steht, der mit dem jährlichen Bonner Symposium zu nachhaltiger Entwicklung gesetzt wird.³¹

In Bonn sind neben den relevanten UN-Einrichtungen insgesamt über 150 nationale und internationale Organisationen ansässig, die Themen der nachhaltigen Entwicklung – mehr oder weniger intensiv – bearbeiten, und zwar in der wissenschaftlichen Forschung, der praktischen oder politischen Umsetzung oder im Bereich der Wissensvermittlung. Im Rahmen von „Corporate Responsibility“, also ihrer unternehmerischen Verantwortungsstrategie, befassen sich auch weltweit aktive Unternehmen mit Nachhaltigkeitserfordernissen, unter ihnen Deutsche Post DHL, ein Partner des „Bonn Sustainability Portal“.³²

Die nichtstaatliche, i. w. S. entwicklungspolitische Säule war bereits vor 1991 in Bonn und seinem Umfeld stark vertreten, und zwar von der Deutschen Welthungerhilfe und den kirchlichen Zentralstellen der Entwicklungszusammenarbeit bis zu den politischen Stiftungen. Sie wurde danach noch stärker und umfasst traditionelle Nichtregierungsorganisationen wie auch Einrichtungen und Organisationen der Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft.³³ Einige seitdem hinzugekommene seien beispielhaft aufgeführt: der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen/VENRO (Bonn), das Zentrum für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn/ZEF (ausdrücklich dem Leitbild einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung verpflichtet), das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik/DIE (Bonn), das Bonner Internationale Konversionszentrum/BICC,³⁴ das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS), die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg mit ihrem jüngst gegründeten Internationalen Zentrum für Nachhaltige Entwicklung (IZNE), Germanwatch (Bonn), das Südwind-Institut (Siegburg), der Verbund von Entwicklungsforschung- und Ausbildungsinstitutionen EADI (Bonn) oder Organisationen, die sich um faire Handels- und Entwicklungsbedingungen kümmern, wie Transfair (Köln), die Fair Trade Labelling-Organisation/FLO (Bonn) und die Zertifizierungsgesellschaft FLO-Cert (Bonn).

Fragt man nach der Zusammenarbeit mit den Bonner UN-Organisationen oder auch der Kooperation mit der staatlichen Entwicklungspolitik,³⁵ dann reicht die Bandbreite der Antworten von: „sehr intensiv“ (z. B. bei internationalen Klimaverhandlungen, Beratungsleistungen oder der UN-Millenniumkampagne) über „hin und wieder“ und „punktuell“ (etwa bei gemeinsamen Projekten, bei einzelnen Veranstaltungen oder auch Universitätsvorlesungen und -seminaren) bis hin zu „wenig ausgeprägt“ und „nicht existent“ (wegen fehlender Berührungsf lächen oder schlicht wegen Personal- und Zeitmangel).³⁶

Für die Dialogsäule stehen nicht nur die vielen nationalen und internationalen Tagungen über entwicklungspolitisch relevante Themen, sondern auch die z. B. von der Stadt (mit-) initiierten Plattformveranstaltungen oder die von der Deutschen Welle durchgeführten Mediengipfel („Global Media Forum“) und die Bonner Konferenzen für Entwicklungspolitik der NRW-Landesregierung. Besonders wegen der in Bonn beheimateten UN-Sekretariate von UNFCCC und UNCCD und der kritischen Masse relevanter Institutionen einschließlich renommierter wissenschaftlicher Institutionen hat eine Reihe von hochrangigen, international beachteten Konferenzen in Bonn stattgefunden.³⁷ Wer an nachhaltige Entwicklung, die Bekämpfung der Wüstenbildung, Ernährungssicherheit, Biodiversität und Wasser, Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit, den Klimawandel und erneuerbare Energien, Katastrophenschutz, zivile Konfliktlösungen und Afghanistan denkt, wird damit auch Bonn verbinden. Seit 1996 hat die Bundesregierung versprochen, ein für große UN-Veranstaltungen adäquates Konferenzzentrum in Bonn zu schaffen; leider harrt es immer noch der Realisierung. Die Idee, Bonn zu einem „Weltentwicklungsforum“ zu machen – ähnlich dem Weltwirtschaftsforum in Davos – konnte (bislang?) nicht umgesetzt werden.

Was die Mediensäule betrifft, so greifen im Bereich der Massenmedien die Deutsche Welle in ihren Fernseh-, Hörfunk- und Ausbildungsprogrammen und auch der Fernsehsender Phoenix entwicklungspolitisch relevante bzw. Entwicklungsländerthemen auf. Das, was am UNO-Standort Bonn stattfindet, wird oft in besonderer Weise von den Tageszeitungen (s. v. a. den Bonner General-Anzeiger mit seiner periodisch erscheinenden Nord-Süd-Seite), den regionalen Rundfunksendern und, wenn auch weniger intensiv, von den großen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern einschließlich des WDR behandelt.³⁸ Die in Bonn beheimateten Bibliotheken – von der

Universitäts- und Landesbibliothek bis zur InWEnt-/GIZ-Bibliothek, die umfangreich wie keine andere deutschsprachige Einrichtung Dokumente und Informationen zu Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungsländern und globaler Strukturpolitik bietet – haben sich bei ihren Neuanschaffungen auch vom UNO-Standort Bonn leiten lassen.³⁹ Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (oft bis zu YouTube) werden von allen Einrichtungen genutzt; Institutionen übergreifende Initiativen haben sich ebenfalls gebildet (so das Bonn Sustainability Portal, eine Informationsbörse von zwölf in Bonn ansässigen Institutionen – Anm. 32). Seit Anfang 2005 engagiert sich die UN-Millenniumkampagne in Deutschland für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele; die Kampagne will diese Ziele zusammen mit der Millenniumserklärung in den Fokus der Medien und Menschen rücken, in enger Kooperation mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren das öffentliche Interesse wecken und die Bereitschaft für den Einsatz gegen die Armut verstärken, was ihr erfolgreich gelungen ist.⁴⁰

Im Kulturbereich sind interessante Aktivitäten zu vermelden. Im Bereich „Kultur und Entwicklung“ sei besonders auf die im Jahre 2009 gestartete Symposienreihe in Bonn verwiesen.⁴¹ Auch die Stadt Bonn hat – vom Stadtrat unterstützt und gedrängt – ein vielfältiges Engagement für die Hebung des kulturellen Bewusstseins für die Nord-Süd- bzw. Eine Welt-Thematik entwickelt. Die Bonner Museen- und Schullandschaft wurde ebenfalls genutzt. Ausstellungen einzelner UN-Einrichtungen, des BMZ und anderer Institutionen komplettieren das Bild. Die renommierte Bonner Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland könnte noch gezielter entwicklungspolitisch relevante Themen aufgreifen und KünstlerInnen aus Entwicklungsländern ausstellen.

III. „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit“: Zwischen erlahmendem Elan und verstärkter Chancenwahrnehmung

Das „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit“ (ZIZ bzw. CIC Bonn – s. Anm. 15), eine Zielprojektion, auf die sich die Bundesregierung 1996 auch begrifflich verständigt hatte, weist offenbar eine Geschichte von abnehmender Bedeutung auf. Im entwicklungspolitischen Bericht von 2001 vermeldete das BMZ: „Das Zentrum für Internationale Zusammenarbeit wird zu einem ausgewiesenen Kraftfeld von internationalem Rang weiter entwickelt. Austausch und Wirkungsmöglichkeiten seiner Träger, Partner und Akteure im nationalen, europäischen und internationalen Bereich werden

unterstützt und weiter gefestigt.⁴² Im 2005er Bericht hatte das BMZ anlässlich der Darstellung der Arbeiten des „Centre for International Cooperation Bonn GmbH“ noch frohgemut formulieren können: Die Umsetzung des Konzepts ‚Zentrum für Internationale Zusammenarbeit‘ ist „auf einem guten Weg und wird fortgesetzt“.⁴³ Aber im nächsten, 2008 veröffentlichten Bericht ist weder von der Ende 2005 eingestellten CIC GmbH noch vom „Zentrum für Internationale Zusammenarbeit“ die Rede.⁴⁴

Die aus dem Bundeskanzleramt stammende Zusicherung von 1998, die Bundesstadt Bonn solle „zügig als Zentrum für Internationale Zusammenarbeit“ ausgebaut werden, gilt offensichtlich so nicht mehr. Eine Schwächung des „Zentrums für Internationale Zusammenarbeit“ war bereits 1999 erfolgt, als das Bundesumweltministerium (1. Dienstsitz in Bonn) ausgerechnet die Internationale Abteilung von Bonn nach Berlin transferierte; alle Aufgaben der Abteilung „Klimaschutz, Umwelt und Energie, Erneuerbare Energien, Internationale Zusammenarbeit“ werden heute in Berlin wahrgenommen,⁴⁵ obwohl für diese Abteilung wichtige Ansprechpartner, besonders im UN-Bereich, in Bonn sitzen und Bonn Ort wichtiger Konferenzen ist (erinnert sei an die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien, die die Bundesregierung im Juni 2004 in Bonn durchgeführt hat). Auch bei nichtstaatlichen Einrichtungen sind (Teil-) Verlagerungen von Bonn nach Berlin erfolgt oder angekündigt, wie z. B. beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

Auf einer Sitzung des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) im März 2000 in Bonn haben der Ausschussvorsitzende wie auch die Ausschussmitglieder deutlich gemacht, dass der Auf- und Ausbau des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit als eine Aufgabe des gesamten Parlaments weiterhin begleitend unterstützt werden soll; Ausschusssitzungen sollen weiterhin in Bonn stattfinden. Dies könne – so hieß es – auch als Beispiel für andere Ressorts gelten.⁴⁶ Während der AwZ dann nicht mehr in Bonn tagte, kam der Bundestags-Umweltausschuss zu Sitzungen nach Bonn, und zwar am 31. Mai 2006 im Bundesamt für Naturschutz und am 27. Mai 2008 im Zusammenhang mit der in Bonn vom 19. bis zum 30. Mai 2008 stattfindenden Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt.

Der Deutsche Bundestag hatte (einmal mehr) am 1. Juli 2004 bekundet, in Bonn solle das Zentrum für Internationale Zusammenarbeit gestärkt werden, der weitere Ausbau des ZIZ in der Region Bonn sei eine Aufgabe

in gesamtstaatlicher Verantwortung und der Bundestag werde auch künftig diese Aufgabe begleitend unterstützen.⁴⁷ Die Realität sah und sieht etwas anders aus.

Darüber hinaus gibt es immer wieder Abgeordnete, die an dem Bonn/Berlin-Gesetz und der vereinbarten fairen Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin rütteln. Versuche, letztlich alle Ministerien nach Berlin umzusiedeln, würden einmal einen Wort- und Vertragsbruch, zum anderen auch einen internationalen Vertrauensbruch darstellen. Die Bundesregierung hat nämlich internationalen Institutionen den Standort Bonn auch mit der Argumentation „schmackhaft“ gemacht, in Bonn würden wichtige Ministerien – und im Übrigen nicht nur nachrangige Verwaltungseinheiten – als Ansprechpartner verbleiben.

Es ist gut, dass die verschiedenen Bundesregierungen in den letzten Jahren und die sie tragenden Parteien in ihrer Gesamtheit wie auch die für die Bonner Region zuständigen Bundestagsabgeordneten (unter der Koordination des in Bonn direkt gewählten Ulrich Kelber) immer wieder „unkeusche“ Angriffe auf das Bonn/Berlin-Gesetz abgewehrt haben. Aber insgesamt scheint in Berlin der Elan für Bonn erlahmt zu sein.⁴⁸

Summarisch und aus quantitativer Perspektive lässt sich zwar feststellen, dass sich Bonn zu einem „Zentrum für internationale Zusammenarbeit“ mit vielen nationalen und internationalen Organisationen und Einrichtungen entwickelt hat, auch wenn der Terminus mittlerweile auf der offiziellen Agenda nicht mehr auftaucht. Aber aus qualitativer Sicht kann und muss noch viel mehr getan werden – bezogen auf interorganisationelles und inhaltlich vernetztes Arbeiten, um bspw. die „asiatische Herausforderung“ aufzugreifen, das Konzept einer internationalen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft voranzutreiben oder den Drang nach Freiheit und Demokratie in Entwicklungsregionen zu unterstützen. Auch die entwicklungspolitisch relevanten, in Bonn ansässigen UN-Organisationen, die natürlich international ausgerichtet sind, täten gut daran, das für sie in Bonn und der Region vorhandene Potential noch besser zu nutzen, noch öfter den UN-Kokon zu verlassen und auch die Öffentlichkeitsarbeit in Bonn und Deutschland zu verstärken.

Halten die Bundesregierung und das BMZ noch an dem früher formulierten Anspruch fest, Bonn zu einem starken und leistungsfähigen deutschen Kno-

tenpunkt internationaler und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit auf Dauer zu machen?

Immerhin versicherten die Koalitionspartner CDU, CSU und FDP 2009 in ihrem Koalitionsvertrag: „Wir werden Bonn als Standort der Vereinten Nationen und von internationalen Nichtregierungsorganisationen weiter ausbauen.“⁴⁹ Die Bundesregierung bekräftigte in ihrem am 4. August 2010 verabschiedeten UN-Bericht, sie strebe an, „den VN-Standort Bonn mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Umwelt und Entwicklung weiter auszubauen.“⁵⁰ Und BMZ-Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz kennzeichnete Bonn am 16. Juni 2011 sogar mit dem anspruchsvollen Label „internationale Hauptstadt für Entwicklung, Nachhaltigkeit und Umweltschutz“.⁵¹

Von der Bundesregierung, den parlamentarischen Gremien und den politischen Parteien, den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen, den in der Bonner Region ansässigen nationalen und internationalen Einrichtungen, den nichtstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch den Akteuren aus dem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Raum erwarten wir den Willen und die innovative Kraft zur beharrlichen Umsetzung der Vision von Bonn als nationalem und internationalem Zentrum, von dem wichtige Impulse und konkrete Beiträge für eine nachhaltige, menschenwürdige und friedliche Entwicklung zu Hause und in der Welt ausgehen.

Bonn muss als entwicklungs- und umweltpolitisches Kompetenz- und Kraftzentrum in engerer und besser genutzter Zusammenarbeit zwischen den relevanten UN-Organisationen und den sich stärker zu vernetzenden „Säulen“ erhalten und weiterentwickelt werden. Es gilt die Chancen, die sich bei dem zukunftssträchtigen Tandemthema Entwicklung und Umwelt ergeben, beherzter wahrzunehmen und als gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe anzunehmen.

Anmerkungen

¹ Vgl. Berlin/Bonn-Gesetz, BGBl. I 1994 S. 918.

(s. auch www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/berlin_bonn_gesetz.pdf – zuletzt aufgerufen, wie auch alle folgenden Links, am 10.7.2011).

² Vgl. auch die Informationen auf der UNV-Website www.unv.org.

³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ (Hg.): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Materialien, Nr. 111), Bonn-Berlin 2001, S. 151.

⁴ Die insgesamt fünf Anträge und die gesamte Debatte einschl. der zu Protokoll gegebenen Reden s. Berlin – Bonn. Die Debatte. Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991, und auch www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/debatte/index.html. Von den vielen relevanten Publikationen sei hingewiesen auf Franz Möller: Der Beschluss. Bonn/Berlin-Entscheidungen von 1990 bis 1994, Bonn 2002, und Andreas Salz: Bonn – Berlin. Die Debatte um Parlaments- und Regierungssitz im Deutschen Bundestag und die Folgen, Münster 2006 (eine vom Verf. betreute Magisterarbeit).

⁵ Bonn/Berlin-Beschluss des Deutschen Bundestages (Vollendung der deutschen Einheit“) vom 20. Juni 1991, Deutscher Bundestag - Drucksache 12/815 – s. Tz 4 (auch verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/008/1200815.pdf>).

⁶ General-Anzeiger (GA) vom 09.07.1991: „Bonn als europäisches Nord-Süd-Zentrum“.

⁷ GA vom 24.07.1991: „Spranger: Bonn als Standort der Entwicklungspolitik“.

⁸ Was die Verwirklichung dieser Pläne in den Anfangsjahren angeht, so sei verwiesen auf Uwe Holtz/Eckhard Deutscher (Hg.): Zentrum für internationale Zusammenarbeit / Nord-Süd-Zentrum Bonn (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn 1999 und darin besonders auf die verdienstvolle Studie – eine vom Verf. betreute Magisterarbeit – von Birgit Pfeifer mit dem Titel „Das Nord-Süd-Zentrum Bonn“ (S. 23-154).

⁹ Vgl. GA vom 19.03.1992.

¹⁰ Lt. Sprechzettel für den Regierungssprecher vom 31. März 1992 – zitiert bei Winfried Böll/Dieter Danckwortt/Uwe Holtz/Hans Pakleppa: Nord-Süd-Zentrum Bonn. Die Bundesstadt Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen (Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn 1995, S. 13.

¹¹ § 1 Abs. (2) 2 und § 6 Abs. (2) 3 Berlin/Bonn-Gesetz (s. Anm. 1).

¹² Vgl. Stadtbaurat Sigurd Trommer: Konzept für die Zukunft. Die Idee des Fünf-Säulenmodells und beispielhafte Leitprojekte, in: Stadt Bonn (Hg.): Stadtplanung fünf Jahre danach, Bonn 1996, S. 23-25; s. auch Birgit Pfeifer, a. a. O. (Anm. 8), S. 42 und 47. Die Säule „Internationale Zusammenarbeit“ wurde nicht näher – etwa hinsichtlich der Entwicklungspolitik – spezifiziert.

¹³ Art. 1 der zwischen dem Bund, den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Region Bonn (Bundesstadt Bonn, Rhein-Sieg-Kreis, Kreis Ahrweiler) geschlossenen Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn (Ausgleichsvertrag). Diese Vereinbarung trat mit Wirkung vom 1. Januar 1995 in Kraft und galt für einen Zeitraum von zehn Jahren (für investive Maßnahmen darüber hinaus); sie ist abrufbar unter https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&gld_nr=1&ugl_nr=105&bes_id=3341&aufgehoben=N&menu=1&sg= und http://rlp.juris.de/rlp/gesamt/RegBonnAusglMG_RP_1994.htm#RegBonnAusglMG_RP_1994_Ver und s. auch www.landesrecht.rlp.de.

¹⁴ Dennoch war klar, dass innerhalb des ZIZ ein bedeutender inhaltlicher und organisatorischer Schwerpunkt auf der Entwicklungs- bzw. Nord-Süd-Politik liegen sollte.

¹⁵ Der Verf. dieses Artikels, der als Mitglied des Deutschen Bundestages dessen Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (und Entwicklung) von 1974 bis zu seinem Ausscheiden 1994 geleitet hatte, fungierte von August 1995 bis Juni 2001 als Moderator des Informellen Nord-Süd-Kreises Bonn. Alle beteiligten Ebenen bzw. Organisationen waren bei den insgesamt fünfundzwanzig Sitzungen i. d. R. hochrangig vertreten. Der Informelle Kreis war am 26. Juni 1995 von den drei Nichtregierungsorganisationen SID (Society for International Development, Bonn), dem Gustav-Stresemann-Institut und dem Nord-Süd-Forum (später: Global Cooperation Council) gegründet worden.

Die vom BMZ, dem Land NRW und der Stadt Bonn zum 1. Juli 1998 geschaffene und bis zum 30.6.2001 tätige „Arbeitsgemeinschaft Zentrum für Internationale Zusammenarbeit“ (ArGe ZIZ) leistete eine wichtige Arbeit für das ZIZ. Von März 2002 bis Dezember 2005 machte sich die „Center for International Cooperation Bonn GmbH (CIC Bonn GmbH)“

mit Sitz im Internationalen Kongresszentrum Bundeshaus Bonn um die Förderung der internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Stärkung der Bundesstadt Bonn als internationalem Standort für die auf diesem Gebiet tätigen nationalen und internationalen Einrichtungen verdient. Dabei griff die CIC Bonn GmbH Themen der internationalen Akteure auf und übernahm die Rolle des „Dienstleisters im Hintergrund“; die Finanzierung erfolgte durch den Bund (vertreten durch das BMZ), das Land NRW sowie Bundesstadt Bonn. Als eines ihrer Kuratoriumsmitglieder kann der Verf. aus heutiger Sicht nur bedauern, dass seit 2006 kein adäquater, kompetenter „Dienstleister“ mehr bereitsteht, auch wenn die Stadt Bonn einige der CIC-Aufgaben verdienstvollerweise übernommen hat.

¹⁶ Schreiben vom 8.2.1996 an den Verf.

¹⁷ Schreiben vom 2.12.1998 an den Verf.

¹⁸ Schreiben vom 16.12.1998 an den Verf.

¹⁹ Schreiben vom 11.12.1999 an den Verf.

²⁰ Winfried Böll/Dieter Danckwört/Uwe Holtz/Hans Pakleppa: a. a. O. (Anm. 10 - s. auch <http://library.fes.de/fulltext/icz/01386toc.htm>). Der Bonner Stadtrat hatte am 26.6.1997 in seinem einstimmig gefassten Beschluss zum „Nord-Süd-Zentrum Bonn – Zentrum für internationale Zusammenarbeit“ festgehalten, die FES-Studie gelte für den Stadtrat als Grundlage für die inhaltliche Ausgestaltung des Zentrums (vgl. http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/97/9700837.htm und die Stellungnahme der Verwaltung http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/97/9700837ST.htm).

²¹ Die Gestaltung des strukturellen Wandels in der Region Bonn sei hier zumindest kurz als gelungenes Beispiel regionalen Regierungs- und Verwaltungshandelns („Regional Governance“) gewürdigt. Vgl. auch Sigurd Trommer: Zusammenarbeit in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler, in: Bernd Adamaschek/Marga Pröhl (Hg.): Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie, Gütersloh 2003, S. 109-123 (www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_15213_15214_2.pdf).

²² S. auch Bonner Rundschau vom 23.06.1997: „Der Umzug von DED, DIE und DSE soll Signale setzen und Anstoß dafür sein: Engere Zusammenarbeit für alle Entwicklungs-Politiker in Bonn.“

²³ Die Servicestelle unterstützt Kommunen in allen Fragen der kommunalen Entwicklungspolitik, die sowohl die Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland als auch die Verbesserung der Lebensbedingungen durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen mit den Partnerländern umfasst. (s. www.service-eine-welt.de). Lt. BMZ soll Anfang 2012 eine „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ (sowie ein Evaluierungsinstitut mit insgesamt mehr als 180 Arbeitsplätzen) ihre Arbeit aufnehmen.

²⁴ Wohl wissend, dass gerade im Hinblick auf die allseits angestrebte Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit Dialog und Kooperation zunehmend in den Entwicklungsländern selbst zu führen sind.

²⁵ Zu den Begrifflichkeiten s. U. Holtz: Entwicklungspolitisches Glossar. Stichwörter zur Entwicklungs- und Eine Welt-Politik, Bonn 2011 (www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf).

²⁶ Bonn erhielt wenigstens den Sitz des Innovations- und Technologiezentrums, und der dritte Mitkonkurrent um den IRENA-Hauptsitz, Wien, bekam das Verbindungsbüro. Die Initiative zu IRENA war von EUROSOLAR ausgegangen, der 1988 von dem Vorkämpfer für erneuerbare Energien und Vorreiter der solaren Gesellschaft, Dr. Herman Scheer MdB, gegründeten und in Bonn ansässigen Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien. Vgl. EUROSOLAR/WCRE (Hg.): The Long Road to IRENA, Bochum 2009.

²⁷ Informationen über die UN-Organisationen in Bonn bzw. Deutschland finden sich z. B. unter www.unric.org/de/uno-in-deutschland und www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/DundVN/VN-Bonn-D_node.html.

²⁸ Bis dato kennt die UNO neben dem Hauptquartier in New York drei weitere Sitze (Büros): Genf, Nairobi und Wien.

²⁹ Gemeinsame Informationsstelle der Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn: UNO in Bonn - nachhaltige Entwicklung weltweit, Bonn 2009, S. 7 (www.unric.org/html/german/UN-in-Bonn.pdf).

³⁰ Vgl. den „Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Bonn 2005 – 2007, Bonn 2009 (s. auch www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/lokale_agenda/nachhaltigkeitsbericht/index.html).

³¹ Vgl. www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/internationale_aktivitaeten/jahrespartner/01217/index.html?lang=de

³² S. <http://bonnsustainabilityportal.de>. Über das Ziel des Portals heißt es dort: „Das Bonn Sustainability Portal präsentiert das in Bonn zum Thema Nachhaltigkeit produzierte Wissen, vernetzt Akteure und verdeutlicht das Potential Bonns in diesem Bereich. Es fördert die wissenschaftliche Debatte sowie den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Bonner Einrichtungen stellen fachbezogene Veranstaltungshinweise, Neuigkeiten, Stellungnahmen und Angebote ein, darunter z. B. auch Jobangebote und Weiterbildungsmöglichkeiten. Somit ist das Bonner Sustainability Portal zugleich Forum als auch Kontakt- und Informationsnetzwerk.“

³³ S. das informative, aber nicht auf dem heutigen Stand stehende, von der Bundesstadt Bonn herausgegebene Institutionenverzeichnis „Bonn: Zentrum für internationale Zusammenarbeit. Entwicklung und Umwelt“, Bonn 1997. Ein aktuelles Institutionenverzeichnis stellt Bonn auf der städtischen Website bereit: www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/bonn_international/internationaleorganisationen/index.html?lang=de

³⁴ Der Global „Go-To Think Tanks“-Report der University of Pennsylvania 2010 (> www.gotothinktank.com) führt das DIE, das ZEF, die FES und das BICC unter den führenden 50 Denkfabriken weltweit (ohne Berücksichtigung von US-Einrichtungen). Diese vier auch und besonders auf dem Feld der Entwicklungspolitik bzw. der Entwicklungsländer tätigen Denkfabriken, die mit einzelnen Bonner UN-Einrichtungen fallweise kooperieren, stehen für Exzellenz in Forschung, Ausbildung und Beratung.

³⁵ Gemeint sind v. a. das BMZ und die in Bonn ansässigen Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungspolitik.

³⁶ So die Befunde einer im März 2011 vom Verf. durchgeführten nicht repräsentativen Umfrage und eigener Erfahrungen.

³⁷ Die Zahl der UN- und (inter-)gouvernementalen Konferenzen wäre noch höher ausgefallen, wenn einzelne wichtige (Vor-)Entscheider in den relevanten Ministerien ein größeres Engagement an den Tag gelegt hätten.

³⁸ Bereits 1999 wurde beklagt, dass sich die überregionalen Fernsehsender wie auch die Tageszeitungen von der Ex-Hauptstadt abgewandt haben. Vgl. Rhein-Sieg-Anzeiger vom 24.7.1999: „Professoren fordern Kreativität und Hilfe. (...) Sachstandsbericht zum Zentrum für internationale Zusammenarbeit.“

³⁹ Generell gilt zu berücksichtigen, dass dank der Internetverfügbarkeit bereits seit einer Reihe von Jahren graue Literatur und amtliche Dokumente nicht mehr vorgehalten zu werden brauchen. Zwischen der GIZ-Bibliothek und den relevanten UN-Organisationen in Bonn bestehen auch Tauschabkommen.

⁴⁰ Maßgeblich für den Erfolg verantwortlich ist die Deutschlandbeauftragte der UN-Kampagne, Dr. Renée Ernst. S. auch die Fotogalerien, Videos oder die auch in Bonn aufgestellten Millenniumstore (> www.un-kampagne.de). Leider konnte der deutsche Zweig der UN-Millenniumkampagne in seiner bisherigen Form nur bis zum 30. Juni 2011 fortgeführt werden. Das BMZ stellte nach sechs Jahren seine finanzielle Unterstützung für

die Kampagne ein; es war nicht gelungen, eine alternative Finanzierungsquelle für das Kampagnenteam zu finden.

⁴¹ S. etwa die Konferenz „Kultur. Kunst. Konflikt“, organisiert im Mai 2011 vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, der GIZ, der Deutschen Welle, dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) – finanziert von der Stadt Bonn, der EU und der NRW-Landesregierung. Das Symposium „Kultur und globale Entwicklung“ vom Mai 2010, durchgeführt vom DED in Kooperation mit InWEnt und ifa, liegt auch als Buch vor: Jürgen Wilhelm (Hg.): Kultur und globale Entwicklung, Berlin 2010 (allerdings ohne Beiträge irgendeiner neu in Bonn angesiedelten UN-Organisation; die Deutsche UNESCO-Kommission Bonn war vertreten).

⁴² BMZ (Hg.): Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Materialien, Nr. 111), Bonn-Berlin 2001, S. 153.

⁴³ BMZ (Hg.): Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Materialien, Nr. 131), Bonn-Berlin 2005, S. 165.

⁴⁴ Vgl. BMZ (Hg.): Auf dem Weg in die Eine Welt. Weißbuch zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (13. Entwicklungspolitische Bericht), Berlin 2008. Auch in anderen Ministerien wird in offiziellen Dokumenten und Verlautbarungen offensichtlich nicht mehr vom ZIZ gesprochen. Der anlässlich der Liquidation der CIC GmbH vorgelegte Beteiligungsbericht kann unter http://www2.bonn.de/beteiligungsbericht/3.8_CIC_Center_for_International_Cooperation_GmbH_Beteiligungsbericht_2005_Bonn.pdf abgerufen werden.

⁴⁵ Vgl. das Organigramm des BMU > www.bmu.de/ministerium/aufgaben/organigramm/doc/4131.php.

⁴⁶ BMZ (Hg.), Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Materialien, Nr. 111), Bonn 2001, S. 152.

⁴⁷ Der Beschluss auf einen Antrag der Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zurück (BT-Drs. 15/2396 - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/023/1502396.pdf>). Der Antrag wurde in der Plenarsitzung vom 1.7.2004 mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der CDU/CSU und der FDP angenommen (s. auch <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/15/15118.pdf#P.10758> und <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/034/1503485.pdf>).

⁴⁸ Diese Aussage schließt auch den Bundesrat mit ein, der in seinem Berlin-Beschluss vom 27.9.1996 zugesichert hatte, seinen Beitrag zu einem neuen politischen und institutionellen Profil von Bonn als Brücke zwischen Berlin und Brüssel, zwischen Nord und Süd und als Standort für Kultur, Wissenschaft und Forschung zu leisten.

⁴⁹ S. www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Koalitionsvertrag/koalitionsvertrag.html – leider fehlt im Koalitionsvertrag der Bezug auf die internationalen Regierungsorganisationen.

⁵⁰ Auswärtiges Amt: Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen und einzelnen, global agierenden, internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen des VN-Systems in den Jahren 2008 und 2009 (verabschiedet vom Bundeskabinett am 4. August 2010), Berlin 2010 – als Bundestagsdrucksache 17/2726 > <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/027/1702726.pdf>, S. 64.

51 Rede von Hans-Jürgen Beerfeltz auf Einladung der Kreisverbände der Bonner CDU und FDP am 16. Juni 2011 im Gremiensaal der Deutschen Welle, Bonn ([www.bmz.de/de/presse/reden\(Sts_Beerfeltz/2011/Juni/20110616_rede.html\)](http://www.bmz.de/de/presse/reden(Sts_Beerfeltz/2011/Juni/20110616_rede.html))).